

**Referat im Forum:**

Leo Mayer:

**Die Multis gegen den Rest der Welt:  
Die Finanzkrise und die Transformation des globalen Kapitalismus**

Weltwirtschaftliche Krisenprozesse sind meist mit Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. So hat die Weltwirtschaftskrise 1975 das Ende des Keynesianismus (Fordismus) und den weltweiten Wechsel zum neoliberalen Kapitalismus und zur neoliberalen Globalisierung eingeleitet. Zu den wesentlichen Kennzeichen zählen:

- Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung;
- Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, flexible Beschäftigung
- Aufbau globaler Produktionsnetzwerke
- die meisten Militärdiktaturen wurden durch formale Demokratien abgelöst;
- es begann eine Serie von Finanzkrisen, die jedoch funktionell zur Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung genutzt wurden;
- wenn ökonomischer Druck, Finanzkrisen und Auflagen von IWF und Weltbank nicht ausreichen, wird die Nato eingesetzt, um die Märkte zu öffnen.

Bei der aktuellen Krise handelt es sich um eine strukturelle oder systemische Krise. Es ist aber keine Systemkrise, weil ein gesellschaftlicher Block fehlt, der mit einem alternativen Programm den Kapitalismus herausfordern und überwinden könnte. Ja, bisher ist nicht einmal organisierte Gegenwehr sichtbar.

Trotzdem steht eines fest: Es kann nicht so weitergehen, wie es vor der Krise war.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise brechen nicht nur Banken zusammen, sondern eine ganze ideologische, politische und ökonomische Konzeption. Es bricht das bisherige Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus zusammen.

Ein weiterer Aspekt: der Regierungswechsel in den USA. Der Wahlsieg von Barack Obama war begleitet von einer für die USA nicht - zumindest lange nicht mehr - gekannten Basis-Mobilisierung für einen „Wechsel“.

Mit meinem Beitrag will ich das Problem umreißen. Es handelt sich um keine Antworten, sondern in gewisser Weise um ein Arbeitsvorhaben zur Untersuchung der Möglichkeiten, in welche Richtung die "Transformation des globalen Kapitalismus" erfolgen könnte.

**Thesen:**

1. Es handelt sich nicht um eine kurze Rezession, sondern die Weltwirtschaft stürzt in eine länger anhaltende Depression.
2. Die Krise führt zu einer weiteren Zentralisation des Kapitals. Die neoliberale Globalisierung wird weitergehen.
3. Es verflochten sich zahlreiche Krisenprozesse. In der Folge wird der Nord-Südkonflikt verschärft.
4. Der permanente Krieg wird, wenn auch modifiziert, weitergehen.
5. Die Schwellenländer werden stärker in Entscheidungsprozesse integriert; Russland und China werden unter Druck gesetzt, „globale Verantwortung“ zu übernehmen.
6. USA und EU – gemeinsam gegen den Rest der Welt.

Bevor wir uns den Thesen zuwenden, skizziere ich das bisherige Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus:

1. Der Konsum und die Profite in den USA fungierten als Lokomotive für die Weltwirtschaft.
2. in Europa werden hochwertige Fertigungsmaschinen und Anlagen hergestellt und nach Asien exportiert. (allerdings gehen auch 23 % der EU-Exporte direkt in die USA)
3. in Asien werden auf den teuren Maschinen aus Europa billige Güter produziert und in die USA exportiert. (21 % der Exporte Chinas gehen in die USA; die USA stehen für 18 % - 20 % der globalen Importe)

Dabei handelt es sich häufig um Waren US-amerikanischer Multis, die große Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert haben. Im Zeitraum 2000 – 2005 wurden 20 Prozent der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet, ein erheblicher Teil verursacht durch Auslandsverlagerung. 60 Prozent aller Exporte aus der Volksrepublik China tragen das Etikett eines Transnationalen Konzerns aus den USA, Europas oder Japans, bei Hochtechnologie sogar 90 Prozent.

4. in den USA geben die Konsumenten mehr Geld aus, als sie verdienen. Sie kaufen mit fremdem Geld die Waren, die im Ausland produziert werden.
5. Die USA holten täglich annähernd zwei Mrd. Dollar ins Land, um die Lücke zu schließen. So wurden die USA zum Anziehungspunkt für
  1. die in aller Welt produzierten Waren.
  2. das überschüssige Kapital aus aller Welt, das in den jeweiligen Ländern nicht investiert wurde. Die Finanzinvestitionen kommen von
    - Banken und Hedgefonds, die das Vermögen der Reichen vermehren,
    - Pensionsfonds, die hohe Renditen zur Deckung der Rentenauszahlungen erwirtschaften müssen,
    - Konzernen, die rentable Anlagemöglichkeiten für ihr überschüssiges Kapital suchen,
    - Zentralbanken und Staatsfonds aus ölexportierenden Ländern und Ländern mit Exportüberschuss, die Anlagemöglichkeiten für ihre Devisen (Dollar)-Reserven suchen.Als Folge des Exportüberschusses in die USA erreichten Ende 2007 die Devisenreserven Asiens die Summe von 2913 Milliarden Dollar, fast 50% aller Devisenreserven in der Welt, darunter China/Hongkong 1680 Milliarden \$ (Ende Sept. 2008: 1.800 Mrd. \$). Die Währungsreserven der Netto-Ölexportureure erreichten zusammen 959 Milliarden Dollar . Diese Länder transferieren diese Dollarreserven zu einem erheblichen Teil in die USA. Japan und China halten zusammen US-Staatsanleihen über 1.200 Mrd. Dollar. Damit ist China neben Japan (644 Mrd. Dollar in US-amerikanischen Staatsanleihen) der größte Auslandsgläubiger des amerikanischen Staates. Daneben hält China noch andere vorwiegend auf Dollar lautende Schuldverschreibungen sowie Aktienanteile.
6. Das Handelsdefizit und die Auslandsverschuldung der USA sind zwangsläufig.
7. Durch die Immobilienblase und durch Konsumentenkredite wurde die Kaufkraft trotz stagnierender bzw. gesunkener Löhne erhöht.

Das niedrigere Zinsniveau steigerte insgesamt die Nachfrage nach Wohnimmobilien. Das kurbelte zum einen die Bauindustrie an und hatte andererseits steigende Eigenheimpreise zur Folge, was wiederum den Hausbesitzern höhere Vermögen suggerierte.

Im Jahr 2006, auf dem Höhepunkt der Blase, hatten die US-Konsumenten auf diese Weise ca. 780 Mrd. \$ Kaufkraft aus der rapiden Steigerung der Immobilienpreise (Center für Economic and Policy Research, Sept. 2008).
8. Der Dollarkurs kann sich auch deshalb halten, weil die Exportländer bei einem sinkenden Dollar veranlasst sind, Stützungskäufe für den Dollar vorzunehmen und so den USA zu Devisen und zum Erhalt der Kaufkraft zu verhelfen. Vor allem Japan und China wollen ihre eigenen Währungen im Vergleich zum Dollar möglichst niedrig bewertet haben, weil beide Volkswirtschaften stark vom Export in die USA abhängig sind. Deshalb kaufen ihre Zentralbanken Dollars.

Würde sich die chinesische oder japanische Regierung zum Verkauf eines größeren Teils ihrer Dollarreserven entschließen, dann würde der Dollarkurs ins Bodenlose stürzen.

Nicht nur die USA sind ökonomisch von der Welt abhängig, sondern umgekehrt auch die Welt von den USA. Mangels rentabler Anlagemöglichkeiten transferiert alle Welt ihr überschüssiges Geldkapital in die USA, die damit die überschüssigen Waren der Welt aufkaufen.

Die neoliberale Theorie ging davon aus, dass dies immer so weiter gehen kann. Im Wirtschaftsbericht 2006 des US-Präsidenten heißt es, dass in einer Welt liberalisierter Finanzmärkte das globale Vermögen, das in den jeweiligen Nationen nicht für produktive Investitionen genutzt werde, immer dorthin fließen werde, wo es die höchste Rendite abwerfe. Infolgedessen können nach Auffassung der US-Regierung *„die USA unbegrenzt fortfahren Nettokapitalzuflüsse (und laufende Leistungsbilanzdefizite) aufzuweisen, vorausgesetzt, diese Zuflüsse fördern das zukünftige Wachstum und helfen den Vereinigten Staaten ein attraktives Ziel für ausländische Investitionen zu bleiben“*.<sup>1</sup>

Aber dieses Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus von Produktion, Konsumtion und Akkumulation von Kapital und Profit ist nun am Zusammenbrechen. Und es ist keine Alternative in Sicht.

---

<sup>1</sup> Economic Report of the President 2006, S. 144

## Thesen

### **1. These: Es handelt sich nicht um eine kurze Rezession, sondern die Weltwirtschaft stürzt in eine länger anhaltende Depression.**

Alle Welt weiß mittlerweile, dass sich die Weltwirtschaft in einer Rezession befindet, und dass es 2009 noch „dicker“ kommt. Da möchte ich doch daran erinnern, dass die Bundesregierung noch Mitte September keinerlei Anzeichen einer allgemeinen Wirtschaftsrezession entdecken konnte, ein Übergreifen der US-Finanzkrise auf Europa und auf die Realwirtschaft ausgeschlossen hat und von der „Robustheit“ der deutschen Wirtschaft und von unserem „soliden“ Bankensystem gesprochen hat.

Frage: Wer könnte die Funktion der Wachstumslokomotive für die Weltwirtschaft übernehmen?

#### **1. USA?**

- Die Anhebung der Massenkaukraft durch kräftige Lohnsteigerung etc. scheidet aus Gründen der Kräftekonstellation und der Wirtschaftskrise aus. Im Gegenteil: es ist ein historischer Wendepunkt des - trotz stagnierender bzw. gesunkener Reallöhne - gehaltenen Arbeiterkonsums erreicht. Die Kaufkraft wird zurückgehen.
- Ein öffentliches Nachfrageprogramm mit anhaltender Wirkung auf Binnenmarkt und Import ist auch in USA nicht finanzierbar.
- Mit einem Programm der Obama-Regierung zum ökologischen und sozialen Umbau könnten die USA ev. wieder zum Motor der Weltwirtschaft werden. Aber dies wäre mit großen Konflikten mit dem Militär-Industrie-Komplex, der Ölindustrie und der gesamten ölbasierten Wirtschaft verbunden. Welche Kräfte sollten dies durchsetzen? Wie sollte es finanziert werden?

#### **2. Europa?**

- Die private Binnennachfrage ist wegen der jahrelangen Lohnsenkung, die die Voraussetzung für die internationale Konkurrenz- und Exportfähigkeit waren, viel zu gering.
- Bei der öffentlichen Nachfrage - Investitionen in Infrastruktur, Kommunen, Verkehr, öffentliche Dienstleistung, etc. - besteht ein enormer Bedarf. Jedoch haben die Steuersenkungen für die Unternehmen und Reichen sowie die Zinszahlungen für die Schulden der Staaten und Kommunen die öffentliche Finanzkraft unterminiert. Selbst wenn es einen ideologischen Schwenk der Herrschenden geben würde, fehlt die Finanzkraft

Damit Europa die Funktion eines Wachstumsmotors übernehmen könnte, müsste eine grundlegende Wende zu einer anderen Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden:

- Steigerung der privaten Nachfrage durch Erhöhung der mittleren und niedrigen Löhne und der Sozialtransfers (Renten, Stipendien, ..)
- Abschöpfung des Vermögens, das nicht für produktive Investitionen genutzt wird, um ein öffentliches Investitionsprogramm zum Umbau des Produktions- und Konsumtionsmodells zu finanzieren (Energieeinsparung, erneuerbare Energien, Reduzierung Schadstoffausstoß und Ressourcenverbrauch, Transport, kommunale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, ...)

Die gesellschaftlichen Kräfte, die diesen Wechsel durchsetzen könnten, sind zumindest gegenwärtig nicht in Sicht.

#### **3. China?**

Die chinesische Regierung hat ein riesiges Programm zur Entwicklung des Binnenmarktes gestartet (460 Mrd. Euro). Trotzdem ist die Vorstellung, dass China/Indien und die stark aufholenden Schwellenländer, den globalen Importeur USA ersetzen könnten, unrealistisch: erstens ist der US-Markt größer als der von China und Indien zusammen, zweitens werden auch diese Länder von der Krise erfasst, und drittens produzieren die Industrien der Schwellenländer immer mehr für den eigenen Markt, substituieren also Importe.

Somit spricht alles für eine tiefe Krise und eine längeranhaltende Depression; ähnlich Japan, wo sich die Binnenwirtschaft seit dem Platzen der Immobilienblase Anfang der 1990er Jahre bis heute nicht mehr erholt hat. Ein wesentlicher Unterschied: die Flucht in den Export, den die japanischen TNK gewählt haben und sich so von der Wirtschaftsentwicklung Japans abkoppeln konnten, ist heute nicht möglich.

Nach den Prognosen des Internationalen Währungsfonds, der Welthandel im Jahr 2009 erstmals schrumpfen. Der IWF sieht denn auch den „Exportweltmeister“ Deutschland - mit einem Exportanteil von 48 Prozent am BIP - an der Spitze der Krisenverlierer. Mehr als ein Drittel aller Unternehmen in Deutschland planen, im kommenden Jahr ihre Belegschaften zu reduzieren.

Die Folgen werden sein:

- Lohnsenkungen, Arbeitslosigkeit, steigende Armut in den Zentren und in den Entwicklungsländern,
- wachsende Armut im Süden wird Hungerrevolten und den Zerfall von Staaten hervorrufen;

- die Migrationbewegungen werden weiter zunehmen. Mit der Folge, dass die USA und die EU die polizeiliche und militärische Abwehr der Flüchtlinge noch weiter intensivieren.
- Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und steigende Arbeitslosigkeit wird den Druck aus der Bevölkerung für protektionistische Maßnahmen steigern. Die Regierungen werden zumindest partiell darauf eingehen müssen, um Revolten oder grundsätzliche Kritik am Kapitalismus zu neutralisieren. Die Forderung nach protektionistischen Maßnahmen befördert Nationalismus, Chauvinismus, .. und die mit dieser Politik verbundenen extremen Kräfte der Rechten.

## 2. These: Zentralisation des Kapitals - die neoliberale Globalisierung wird weitergehen

### I.

In dieser Krise werden riesige Finanz- und Industriekonzerne verschwinden bzw. werden von der Konkurrenz übernommen. Dies ist ein Unterschied zur IT-Krise zur Jahrtausendwende, bei der zwar Kapital und Vermögen in großem Umfang und Arbeitsplätze zu Hunderttausenden vernichtet worden sind, aber keiner der großen IT- und KT-Giganten vom Markt verschwunden ist; im Gegenteil, es ist sogar zusätzlich ein chinesischer TK-Konzern in den Weltmarkt eingetreten.

1. Es kommt zu einem beschleunigten Zentralisationsprozess im Finanzsektor. Die „gesunden“ Finanzkonzerne gehen jetzt auf Schnäppchenjagd.

Von den fünf großen US-Investmentbanken sind noch zwei übrig geblieben, und diese beiden haben sich zu Geschäftsbanken umgewandelt.

Die drei größten US-Banken - America Corp., J.P. Morgan Chase & Co, Citigroup – hielten Anfang 2008 21,4 % aller US-Einlagen. Nach den Fusionen - Bank-of-America-Merrill-Lynch, J.P. Morgan-Chase-Bear-Stearns-WaMu, Citigroup-Wachovia – halten diese drei Banken 31,3 % aller Einlagen (ND. 6.12.2008)

Deutsche Bank übernimmt Postbank, Commerzbank übernimmt Dresdnerbank, Fortis wird von BNP Paribas und anderen Instituten übernommen, IKB wurde von einem US-Finanzinvestor übernommen, ....

Staatsfonds aus China und ölexportierenden Ländern und japanische Banken steigen bei den US-Banken ein.

Bsp. Morgan Stanley (neben Goldman Sachs eine der beiden überlebenden Investmentbanken): China Investment Corporation ist mit 5 Mrd. USD eingestiegen; Mitsubishi Bank Japan wird mit 9 Mrd. USD. einsteigen und damit 21 % übernehmen.

McKinsey rechnet damit, dass in den nächsten Jahren „Superbanken“ mit einer Marktkapitalisierung von mehr als 500 Mrd. Dollar entstehen werden. (Deutsche Bank Anfang Sept. 2008: 31,6 Mrd. Euro)

➔ es entsteht eine gigantische ökonomische und politische Macht; außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle.

(US-Finanzminister Paulson war bis 2006 Chef der Investmentbank Goldman Sachs; seine Berater kommen von Goldman Sachs; zum „Staatssekretär für finanzielle Stabilität“ – Verwalter des 700 Mrd.-\$-Programms – wurde nun ebenfalls ein Manager von Goldman Sachs ernannt; vielleicht erklärt das, warum Lehman Brothers nicht gerettet wurde?)

Die Internationalisierung des Finanzkapitals wird weitergehen.

Bereits jetzt entfällt ein Viertel der Bilanzsumme aller Banken in den USA auf Töchter ausländischer Banken; 21,8 % auf europäische Banken (unter den 15 größten Banken in den USA waren Ende Juni 2008 drei Tochtergesellschaften europäischer Banken, u.a. der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank wiederum ist mehrheitlich in ausländischem Besitz.

Depfa, die Tochter der Hypo Real Estate, ist der drittgrößte Geschäftspartner für variable Anleihen von öffentlichen Auftraggeber in den USA (SZ. 4.12.2008). Die „deutsche“ Mutter hat fünf Großaktionäre, die 73 % der Aktien besitzen (27 % in Streubesitz). Alle Großaktionäre sind Finanzinvestoren aus Übersee. Der größte, J.C. Flowers mit einem Aktienanteil von 24,9 % an HRE, gehört zu den großen privaten Finanzinvestoren der Welt.

Die übrigen Großaktionäre sind:

- Capital Research and Management Company, Los Angeles, USA
- Grove International Partners, New York, USA – mit neun Unterfirmen bei HRE beteiligt, von denen eine in Luxemburg sitzt, die übrigen acht auf den Cayman Islands. Also in Steueroasen, wo sie von deutschen oder sonstigen Regelungen nicht erreicht werden.
- Close Trustees, George Town, Cayman Islands  
Orbis Investment Management, Hamilton, Bermuda

2. Die Spekulation geht weiter, da nach wie vor Kapitalüberschuss und Überkapazitäten, d.h. in der Realwirtschaft keine rentablen Verwertungsmöglichkeiten bestehen.
3. Fusionen und Firmenübernahmen in allen Bereichen der Wirtschaft: Automobil, Telekommunikation, Pharma, Energie, ...

Unabhängig von möglicherweise wachsenden protektionistischen Tendenzen können diese Multis gar nicht anders, als auf Freihandel, weitere Liberalisierung, etc. zur Herstellung eines einheitlichen Weltmarktes zu drängen.

## II.

Zugleich führt diese Krise dazu, dass der Staat – zumindest in der Krisenzeit – zum zentralen Akteur des Wirtschaftsgeschehens und Garanten des Wirtschaftssystems wird: Von Kreditgarantien und Kapitalhilfen bis zur Verstaatlichung von Banken und Konjunkturprogrammen.

Ohne die massiven Staatseingriffe wäre das System kollabiert und vermutlich in Chaos und Anarchie gelandet. In der Finanzwirtschaft hätte es vermutlich eine Kettenreaktion mit Kernschmelze gegeben.

Aber ist dies schon das Ende des Neoliberalismus?

Wird ein neues Regulierungssystem oder gar eine neue Regulationsweise sichtbar?

Oder geht es um Veränderung innerhalb der neoliberalen Etappe des Kapitalismus?

### Fakten:

- Im koordinierten Vorgehen der einzelnen Zentralbanken und in der Abstimmung der vielfältigen Konjunkturprogramme zeigt sich eine gewachsene internationale Kooperation.
- Vereinbarung der G7: ohne Vorbehalte und Einschränkungen den Zusammenbruch systemrelevanter Finanzinstitutionen verhindern; möglichst keine Mehrheitsbeteiligung an Banken; kein Einfluss auf Geschäftspolitik; möglichst schnell wieder privatisieren.
- bisherige Programme auf die Rettung des Finanzsektors ausgerichtet:
  - USA: Gesamtprogramm 8,5 Bio. USD = 2/3 des BIP v.a. für Finanzsektor (vgl. 14 Mrd. für Automobilindustrie)
  - D: 500 Mrd. Euro für die Banken, aber nur 31 Mrd. Euro für ein Konjunkturprogramm, bei dem es sich im Wesentlichen um bereits geplante Maßnahmen handelt. Lediglich 4 Mrd. Euro sind zusätzlich.
- Geldpolitik als Hauptinstrument (entspricht monetärer, neoliberaler Logik) mit Zinssenkungen, Geldspritzen in Kapitalmarkt, Kreditbürgschaften, Aufkauf von faulen Krediten
- Konjunkturprogramme (meist werden nur bereits beschlossene Vorhaben vorgezogen; Zusatzprogramme setzen auf Konsumankurbelung, nicht auf aktivere Investitionspolitik des Staates zur Steuerung der Wirtschaft)

### Zusammenfassend:

1. Die internationale Koordinierung wird ausgebaut.
2. Die Staaten übernehmen eine wesentlich aktivere Rolle in der Wirtschaft:
  - durch direkte Finanzhilfen;
  - durch direktes Eingreifen in Fusionsprozesse (Finanzsektor, Automobil);
  - aber, nicht die Banken und Konzerne werden verstaatlicht und staatlich gelenkt, sondern der Staat wird im Interesse des Finanzkapitals noch stärker privatisiert.
3. Unter Stabilisierung der Finanzmärkte wird nicht die Verhinderung der Spekulation und die Eindämmung der parasitären Finanzoperationen verstanden, sondern es geht nur darum, den Kollaps des gesamten Systems zu verhindern.

### **3. These: Verflechtung von Finanz-, Wirtschafts-, Hunger-, Rohstoff- und Umweltkrise: der Nord-Südkonflikt wird verschärft**

Die Finanzkrise fällt mit dem Abschwung des konjunkturellen Zyklus zusammen. Die Überproduktion hatte sich hinter der ungeheuren Ausdehnung des Kredits und des schuldenfinanzierten Konsums versteckt. Jetzt kommt sie zur Wirkung.

Dabei verflechten sich unterschiedliche Krisenprozesse:

1. Immobilien-, Banken- und Finanzkrise,
2. Überproduktionskrise,
3. struktureller Krise des Wachstumsmodells des globalen Kapitalismus

4. Energie- und Umweltkrise,
5. Hungerkrise,
6. Krise der Politik und Demokratie (Verlust jeglicher Ethik in der Politik; Verlust der Repräsentativität: immer mehr Menschen werden nicht mehr von den Parteien und Gewerkschaften repräsentiert; politische Institutionen sind abgeschottet gegen außerparlamentarische Proteste und gegen demokratischen Einfluss, .. )
7. Fiasko der USA und Nato in Irak und Afghanistan.

Jeder einzelne dieser Krisenprozesse beeinflusst den anderen. Sie treiben sich gegenseitig an.

Hauptproblem: die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Lebensgrundlage der menschlichen Existenz.

In den Staaten der transatlantischen Gemeinschaft, d.h. in den Mitgliedsländern der Nato und/oder der EU-Staaten leben nur 13 Prozent der Weltbevölkerung. Aber diese Länder vereinigen 63 Prozent des Weltsozialprodukts und über 77 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben auf sich. Sie verbrauchen die Hälfte der weltweiten Ölförderung. Allein die USA zählen für 29 Prozent des Weltsozialprodukts; sie verbrauchen 26 Prozent des global geförderten Öls; der Rüstungsetat des Pentagon ist Jahr für Jahr ungefähr zehnmal so hoch wie derjenige von Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammen.

1. Erstmals in der menschlichen Geschichte wird ein Produktions- und Konsumtionsmodell zu einer realen Gefahr für die Existenz der Menschheit.
2. Die heutige, kapitalistische Produktionsweise schließt aus, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung an der Nutzung der Naturressourcen gleichberechtigt beteiligt wird.

Zusätzlich zur Sicherung der weltweiten Energiereserven für den eigenen Verbrauch, wird von diesen Staaten die Produktion von Bio-Diesel befördert: Auf immer mehr Feldern wächst statt Nahrung das Rohmaterial für Treibstoff zum Ersatz von Erdöl.

Die kapitalistischen Zentren können nicht zulassen, dass die nachholenden Länder und die Mehrheit der Weltbevölkerung die Ressourcen auf die gleiche Weise nutzt: Der Nord-Südkonflikt wird im Zentrum kommender Konflikte und Kämpfe stehen.

Wichtige Ergänzung zu Nord-Süd-Konflikt:

1. abhängig, wie sich arbeitende Klasse im Norden orientiert (Illusion vom Aufstieg bzw. Rückkehr zum Sozialstaat oder gemeinsamer Kampf für progressive Veränderungen)
2. nicht mehr Nord-Süd-Konflikt wie in 70er-Jahren
  - in vielen Teilen der Welt ist eine Arbeiterklasse - eingebunden in das Produktionsnetzwerk der Multis - entstanden
  - die ökonomisch und politischen Eliten des Südens (und Ostens) sind am Norden orientiert bzw. z.T. sogar Teil der transnationalen Bourgeoisie des globalen Kapitalismus.

#### **4. These: der "permanente Krieg" wird weitergehen - wenn auch modifiziert.**

Mit der wachsenden Abhängigkeit ihrer Wirtschaft vom freien Zugang zu den Weltmärkten und v.a. von den schwindenden Reserven an Naturressourcen wird sich die militärische Komponente in der Politik der kapitalistischen Zentren – insb. der USA – systematisch verstärken.

China, Indien und die Schwellen- und Entwicklungsländer insgesamt benötigen diese Ressourcen ebenfalls für ihre Entwicklung. Die kapitalistischen Zentren müssen den Zugriff dieser Länder aber begrenzen. Das geht nur durch politischen, wirtschaftlichen und letztendlich militärischen Druck; d.h. durch Krieg.

Afrikas Bedeutung für den globalen Kapitalismus wächst wegen der Ölreserven und anderer seltener Rohstoffe. Vermutet wird ein Ölgürtel der sich von Nigeria durch den Kontinent bis Somalia und dann in den arabischen Raum durchzieht.

Ein neuer Kolonialismus wird errichtet, um Ressourcen und Transportwege direkt zu kontrollieren.

Schritte dazu sind z.B. die Piratenbekämpfung vor der somalischen Küste. Somalia gilt als "gescheiterter Staat", der unter Mandat der "zivilisierten Länder" gestellt werden muss. Der Kosovo ist die Probe und das Beispiel einer begrenzten Souveränität unter Kontrolle der EU.

Mit der Gründung von "Africom" der US-Streitkräfte, Sitz in Stuttgart, stellen sich die USA auf diese Herausforderung ein.

Die neue US-Regierung wird Anpassungen in ihrer Außenpolitik vornehmen:

Brzezinski, Leiter des außenpolitischen Beraterteams von Barak Obama (Second Chance): *Der Krieg gegen den Irak, „hat Amerikas globale Führerschaft diskreditiert, .. seine Verbündeten gespalten, seine Feinde vereint, und günstige Gelegenheiten für seine Rivalen eröffnet .. . Amerikas Fähigkeit zu führen ist schwerwiegend beschädigt.“* (S.147/148)

- Raus aus dem Irak, aber unter Bedingungen, die die US-Dominanz gewährleistet wird.
- Konzentration auf Afghanistan, denn dieser Krieg darf für Nato und USA nicht verloren werden.

Bei Irak und Afghanistan handelt es sich lt. Brzezinski (Second Chance) um den *„Testfall für die globale Führungsrolle Amerikas“*: *„Der Verlust der US-Dominanz in der Region hätte katastrophale Konsequenzen für Amerikas Position in Europa und im Fernen Osten.“* (S.159)

*„Die Öl-Produzenten in der Golfregion, auf der Suche nach politischer Stabilität und zuverlässigen Verbrauchern, könnten sich zunehmend zu China hinneigen. .. Ein politischer Schwenk des Mittleren Ostens von Amerika zu China hin, hätte einen schleichenden (ripple) Effekt auf die Beziehungen Europas mit Amerika und würde den Vorrang der atlantischen Gemeinschaft bedrohen.“* (S.156)

Denn:

*„Chinas wachsende Bedeutung und Russlands Erholung schaffen eine neue geopolitische Machtausrichtung.“* (S.171)

und:

*„Europas wachsende Abhängigkeit von russischen Energieressourcen wirft ebenfalls ein Risiko für die atlantische Solidarität auf.“* (S.171)

Die ersten personalpolitischen Entscheidungen Obamas hinsichtlich der Außen- und Militärpolitik zeigen, dass diese Positionen mit „Falken“ besetzt werden.

- Die künftige Außenministerin Hillary Clinton ist als Hardlinerin bekannt, die für den Irak-Krieg stimmte und fest an der Seite Israels steht;
- Der jetzige Kriegsminister Robert Gates bleibt im Amt, er setzte die Aufstockung des US-Truppenkontingents im Irak durch und fordert mehr deutsche Soldaten für Afghanistan;
- Der Vier-Sterne-General James Jones wird Obamas Sicherheitsberater. Bis Dezember 2006 war er NATO-Oberbefehlshaber und damit auch verantwortlich für die Kriegführung in Afghanistan. Obama stellte Jones mit den Worten vor: *„Jim kennt sich aus mit den Bedrohungen von Heute und in der Zukunft. Er versteht die Verbindung zwischen Energie und Sicherheit. Er hat an den Frontlinien der globalen Instabilitäten - vom Kosovo über Nord-Irak bis Afghanistan - gearbeitet.“*<sup>2</sup> Jones selbst betont: *„Energie ist eine lebenswichtige Frage der nationalen Sicherheit“*.

In der Tat verkörpert Jones wie kein anderer diese „Verbindung“ gewissermaßen in Personalunion: Als er Anfang 2007 die Uniform auszog, schlüpfte er in den Nadelstreifen-Anzug und wechselte in den Verwaltungsrat von Chevron, dem viertgrößten Öl-Multi. Außerdem ist er Vorsitzender des Instituts für Energie im 21. Jahrhundert der US-Handelskammer<sup>3</sup>: Das Institute setzt sich für die unmittelbaren Interessen der heimischen Öl- und Gasproduktion und Nuklearenergie ein. Er wird seinem Präsidenten nicht nur raten, den Krieg in Afghanistan auszuweiten, sondern auch den Krieg gegen das Klima fortzuführen.

Obama bei der Präsentation seines Teams: *„Wir werden unsere Möglichkeiten verstärken, unsere Feinde zu besiegen und unsere Freunde zu unterstützen. Wir werden alte Allianzen festigen und neue schmieden und Partnerschaften ausbauen.“* In der Außen- und Sicherheitspolitik werden die USA *„eine neue Strategie verfolgen, die gekonnt alle Instrumente amerikanischer Macht nutzt und ins Gleichgewicht bringt: Militär und Diplomatie, Geheimdienste und Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaft und moralisches Vorbild.“* Das vorgestellte Team repräsentiere *„all diese Elemente der Macht Amerikas“*. (nach SZ, 2.12.2008)

## **5. These: Schwellenländer werden stärker in Entscheidungsprozesse integriert; Russland und China unter Druck gesetzt „globale Verantwortung“ zu übernehmen: die Führung liegen bei den USA und der EU**

Russland:

Die Kontrolle über Eurasien - d.h. die Kontrolle über die Energieressourcen im Kaspischen Raum und über die Transportwege - erfordert, dass sich Russland, aufgrund dessen geopolitischer Lage und Energiereserven, in den globalen Kapitalismus in einer untergeordneten Rolle integriert; unabhängig von dem dort herrschenden politischen Regime.

<sup>2</sup> „Jim is focused on the threats of today and the future. He understands the connection between energy and natural (muß das nicht heißen: national?) security and has worked on the front lines of global instability from Kosovo to Northern Iraq to Afghanistan“ (NewYork Times, 1.12.08).

<sup>3</sup> „Jones sits on the board of Chevron Corp. (viertgrößter Öl-Multi – d.Verf.), and since March 2007 has been president and chief executive of the U.S. Chamber of Commerce’s Institute for 21<sup>st</sup> Century Energy, which has been criticized by environmental groups“ (Los Angeles Times, 2.12.08).

Brzezinski tritt für eine „*realitätsbezogene Berichtigung der US-Beziehungen mit Russland und China*“ (Second Chance, S.167)

„*Die Anstrengung, Russland in eine engere Beziehung mit der atlantischen Gemeinschaft zu ziehen, könnte erfolgreicher sein, wenn die USA und die Europäische Union gemeinsam Russland verpflichten, auf jegliche imperiale Nostalgien zu verzichten ..*“ (S.188)

Insofern gilt auch hinsichtlich Russland, dass sich die militärische Machtkomponente der kapitalistischen Zentren - insb. der USA - systematisch verstärken wird, wenn Russland sich nicht unterordnet (Nato-Beitritt Georgiens und der Ukraine, Raketenabwehrschirm in Polen und Tschechien).

Russland seinerseits betreibt ebenfalls die Integration in den globalen Kapitalismus, aber nicht ohne Bedingungen. Deshalb setzt es auf die Entwicklung und Stärkung der russischen Wirtschaft und auf die Wiedergewinnung von Einfluss in den angrenzenden, ehemaligen sowjetischen Republiken wie auch in Entwicklungs- und Schwellenländern (Shanghai-Kooperation, Beziehungen zu Cuba, Venezuela, Iran). In der Folge wird das Konfliktpotential mit dem Westen steigen.

#### China:

Hier könnte ein Konfliktpotenzial entstehen, das möglicherweise eine noch andere Qualität erlangt:

- falls sich China mehr abschottet;
- nicht bereit ist, die Rolle des IWF als globalen Krisenmanager anzuerkennen und ihm Geld zu geben;
- möglicherweise die Krise exemplarisch besser meistert und damit zu einer Art Systemkonkurrenz wird;
- oder umgekehrt, sich die Krise enorm zuspitzt und soziale Spannungen, Revolten entstehen, die den Westen zum Eingreifen provozieren könnten: China wäre immerhin die größte noch mögliche Landnahme.

Die kapitalistische Zentren bauen Druck auf China aus:

- China muss „Verantwortung in der Welt“ übernehmen (Umwelt, Terrorismusbekämpfung, Piraterie, Menschenrechte, Schutz des geistigen Eigentums, ..)
- militärische Einkreisung Chinas durch USA und Nato:
  - Afghanistan als „Flugzeugträger“ an der Grenze des kaspischen Beckens und Chinas;
  - Japan und Australien sollen enger an die Nato gekoppelt werden;
  - Indiens soll als eine mit den USA befreundete Regionalmacht aufgebaut werden.
- Menschenrechte, um China innenpolitisch unter Druck zu setzen und international zu isolieren (Friedrich Ebert-Stiftung: „pre-emptive Menschenrechtspolitik“ gegenüber China)
- Separatismus (Tibet), als Druckmittel.

#### Schwellenländer:

Schwellenländer konnten in den zurückliegenden Jahren wirtschaftlich und politisch an Boden gewinnen: Abbau der Verschuldung, Export- und Devisenüberschüsse.

Dazu kommen Wechsel zu linken Regierungen und Transformationsprozesse in Ländern wie Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua.

Vor diesem Hintergrund ist das Selbstbewusstsein solcher Länder wie Brasilien gewachsen.

Deshalb sollen diese Länder auch stärker in die geplante Regulierung der Finanzmärkte einbezogen werden - siehe Treffen der G20 zum „Weltfinanzgipfel“ in Washington.

Zwar werden die „Schwellenländer“ in die geplante Regulierung der Finanzmärkte einbezogen. Aber das neue „Konzept“ ist nach wie vor zugeschnitten auf die USA als Nr. 1 und die Europäische Union als deren Partner.

Dazu gehört auch der Beschluss, den IWF als Aufseher der Kreditvergabe an und in Schwellenländern einzurichten und IWF und Weltbank zu den zentralen Institutionen der internationalen Finanzaufsicht und „Konjunkturpolitik“ zu machen. Beide sind absolut dominiert von USA und den Ländern der Europäischen Union.

Desgleichen soll die Kreditvergabe an den Finanz- und Industriesektor künftig unter internationaler Aufsicht – d.h. vor allem unter Aufsicht der USA und der Europäischen Union – stattfinden.

Ebenso dient es den Transnationalen Unternehmen - die ja überwiegend aus den kapitalistischen Zentren kommen -, wenn die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation zu einem Abschluss gebracht werden soll. Schließlich geht es diesen Verhandlungen um eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft.

Der Finanzgipfel hat zu keiner „neuen Weltwirtschaftsordnung“ geführt, auch nicht im Sinne der „Regulierung“ der Finanzmärkte. Der Prozess steht noch an seinem Anfang.

Deutlich wurde aber schon die Grundlinie: In einer „multipolaren“ Welt können die USA ihren Führungsanspruch nur durchsetzen, wenn sie eng mit der Europäischen Union zusammenarbeiten. Es geht auch darum, mögliche feindliche Allianzen (z.B. Europäische Union – Russland oder Russland – China) zu verhindern.

## 6. These USA -EU: Übergang zu konsensualer Führung

Zbigniew Brzezinski: Um die globale Führerschaft wieder zurück zu gewinnen, ist es „essentiell für Amerika, die besonderen transatlantischen Verbindungen zu erhalten und zu verstärken. Die USA brauchen ein politisch zielbewusstes Europa als globalen Partner.“ (Second Chance, S.212)

Brzezinski geht davon aus: „Im Augenblick mag die Macht der USA noch ausreichen, um globale Unruhen unter Kontrolle zu halten. ... Doch auf lange Sicht kann Amerika nicht ständig auf eigene Faust handeln. Es steht an erster Stelle, ist global aber nicht omnipotent. Es braucht Partner, und mehr als alle anderen braucht es Europa als Partner.“ (Handelsblatt, 28.01.03).

Nachdem die USA mit der unilateralen Politik George Bushs und dem Einmarsch und der Besetzung des Irak in eine Legitimationskrise geraten sind, muss nun die Europäische Union eine stärkere Rolle übernehmen, um den Einfluss der kapitalistischen Metropolen im Rest der Welt zu erhalten.

Der deutsche Außenminister Walter Steinmeier erklärte seine Bereitschaft, „mit den USA die Führungsrolle übernehmen beim Bemühen, Regeln und Ordnungsrahmen zu schaffen für die globalisierte Welt“. (Süddeutsche Zeitung, 10.7.2008)

Er bekräftigte das Bekenntnis zur NATO und unterstrich, dass NATO und Europäische Union keine Konkurrenten seien, sondern sich ergänzen. „Nur gemeinsam...können Europa und Nordamerika ihre Vorstellungen von Sicherheit glaubwürdig in die Welt projizieren.“

Vorbei ist Zeit,

- da die USA die Pläne einer EU-Armee als gegen die USA gerichtet sahen;
- und auch die EU hat eingesehen, dass nur an der Seite der USA die eigenen Interessen in der Welt gewahrt werden können.

Mit der Regierung von Sarkozy wird auch Frankreich wieder näher an die NATO und an die USA herangeführt. Frankreich soll sogar in die militärische Struktur der NATO zurückkehren.

Ein Pfeiler der „transatlantischen Partnerschaft“ ist die Überlappung von NATO und Europäischer Union. So ist die Ost-Erweiterung der Europäischen Union immer mit der Erweiterung der NATO verbunden. Die Europäische Länder sind auf diese Weise an beide gebunden - an die USA und an die Europäische Union. Die USA sichern sich so ihren Einfluss auf Europa.

### Transatlantischer Wirtschaftsraum

Die wesentliche Grundlage der „transatlantischen Partnerschaft“ liegt jedoch im wirtschaftlichen Bereich. Durch die gegenseitige kapitalmäßige Verflechtung und Durchdringung haben die USA und die Europäische Union weitgehend den Charakter eines transatlantischen Wirtschaftsraumes angenommen.

Sowohl in den USA wie auch in Europa bilden die Finanz- und Industriekonzerne von der jeweils anderen Seite des Atlantiks einen festen Bestandteil der jeweiligen Ökonomie.

Aber auch der gegenseitige Handel trägt zur Verflechtung bei. Der Warenexport aus der Europäischen Union in die USA ist größer als der Export in den gesamten asiatischen Raum. 23% der EU-Exporte gehen in die USA. Umgekehrt ist die Europäische Union mit einem Anteil von 25 Prozent das größte Exportziel der USA.

Diese wechselseitige Verflechtung hat zu einem festen Sockel der gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit geführt. Auf dieser Basis wachsen – bei allen Widersprüchlichkeiten - die Gemeinsamkeiten. Die zentralen europäischen Staaten bzw. die Transnationalen Konzerne aus diesen Ländern, sind allesamt auf die imperiale Struktur der USA angewiesen, in die sie durch den Prozess der kapitalistischen Globalisierung integriert sind.

Dazu kommen noch Elemente wie

- kulturelle Einflüsse (american way of life);
- große Teile der neuen wirtschaftliche und politische Eliten sind an den USA orientiert.

Zur Festigung der Dominanz der kapitalistischen Zentren sowie für den ungehinderten Zugriff auf fremdes Öl und andere Rohstoffe, wie auch für die Sicherung der globalen Produktionsnetzwerke und den dafür notwendigen internationalen Transportwegen ist es für die USA und die Europäische Union nötig, den größten Teil der Welt permanent militärisch zu sichern und ggf. kriegerisch einzugreifen.

Die Militärstrategien von USA, EU und Nato sind seit Anfang der 90er Jahre auf dieses Ziel hin umformuliert worden.

Ob Interventionen oder G8-Initiativen zu Afrika und zur Einbindung der Schwellenländer: die großen westlichen Industrieländer, USA wie EU, Nato wie Europäische Sicherheitsstrategie sind keine konträren, sondern parallele und komplementäre Unternehmen.

Mit dem Reformvertrag von Lissabon wird der Europäischen Union erstmals die Möglichkeit eröffnet, einen Rüstungsetat aufzustellen (Art. 28, Abs. 3). Außerdem wird die Pflicht zur Aufrüstung vertraglich bindend festgelegt (Art. 28 a, Abs. 3).

Die Aufrüstung soll die Europäische Union in die Lage versetzen, weltweite „*Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung*“ (Art. 28 b) durchzuführen. Zu diesem Zweck wird die künftige europäische Militärpolitik noch enger an NATO und USA gekoppelt. (Art. 28 a, Abs. 7)

Vor diesem Hintergrund wird die Integration USA - EU zunehmen. Die USA wollen die überlegene Nr. 1 sein, die Europäer aber bewusst und demonstrativ stärker in den „gemeinsamen“ Diskussions- und Entscheidungsprozess einbeziehen.

Der Weltkrieg um Ressourcen findet längst statt, aber nicht in der Form der Konfrontation einzelner Industrieländer, sondern als integriertes Unternehmen des Nordens, der westlichen Industrieländer, gegen die Rohstoffländer des Südens.

Künftig wird dieses Vorgehen stärker zwischen den USA und der EU bzw. deren Mitgliedsländern abgestimmt sein.

Die Trennung - die USA sind für das militärische Grobe, die EU für die Diplomatie - wird so nicht mehr aufrechterhalten werden (siehe Obama-Rede SZ, 1.12.2008 bzw. Brzezinski: „*die Europäer müssen sich militärisch stärker engagieren*“ und die USA müssen „*Alleingänge aufgeben und Europa mehr in die Entscheidungsprozesse einbinden*“. (Süddeutsche Zeitung, 5.1.2008)

Dies bedeutet auch, dass Europa einen größeren Anteil in den militärischen Konflikten übernehmen wird. Kriegerische Zeiten! Deshalb eine

## **7. These**

Die Hoffnung liegt nicht bei den Regierungen, sondern ausschließlich in den Bewegungen.

Es gilt, die Bewegungen stärker, einflussreicher und breiter zu machen, aber auch antikapitalistischer!